

GÖTTINGER BLÄTTER

05.2017

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Keine Bühne der AfD!

Beschluss (vom 18.02.2017) des ver.di Bezirksvorstands Süd-Ost-Niedersachsen zum Umgang mit der AfD und anderen rechtspopulistischen Parteien:

„Wir von ver.di stehen für eine bunte, solidarische und gerechte Gesellschaft. Wir unterstützen daher Menschen aus anderen Ländern, die bei uns Zuflucht suchen bei der Integration. Das Asylrecht ist für uns ein hohes Gut.

Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Hetze in sozialen Netzwerken und auf der Straße gegen Flüchtlinge, gegen Integrationshelferinnen und -helfer oder gegen Politikerinnen und Politiker, die ihrer Aufgabe bei der Unterbringung von Flüchtlingen nachkommen, sind für uns unerträglich.

Ebenso unerträglich sind für uns völkische, rechtsextreme und geschichtsvergessene Parolen, wie sie die AfD inzwischen prägen.

Die programmatischen Entwürfe der AfD zum Sozialstaat, zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben und zum Umfang der öffentlichen Daseinsvorsorge stehen ebenfalls im krassen Gegensatz zu den Forderungen von ver.di.

Hinhören, Hingucken, Einmischen, gegenhalten und keinen Raum den Stammtischparolen bieten – das sind unsere Maximen.

Doch wo Fakten nicht mehr zählen und Vorurteile eine demokratische Diskussion verhindern, macht es keinen Sinn, Populisten eine Bühne für ihre Hetze zu bieten.

Eine Basis für Gespräche zwischen ver.di-Betriebsräten, ver.di-Personalräten und ver.di-Mitarbeitervertreterinnen und -vertretern und Politikerinnen und Politikern der AfD ist nicht vorhanden.

Der ver.di Bezirksvorstand Süd-Ost-Niedersachsen beschließt daher, im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 und der Landtagswahl 2018 keine Kandidatinnen und Kandidaten der AfD oder anderer rechtspopulistischer Parteien zu den von ver.di organisierten Diskussionsveranstaltungen im Bezirk und seinen Ortsvereinen einzuladen.

Der Bezirksvorstand fordert die DGB-Region Südniedersachsen-Harz und die DGB-Region Südostniedersachsen auf, ebenso zu verfahren.“

(Ergänzung: Auch unsere regionalen DGB-Strukturen haben bereits erklärt, dass der AfD oder anderen rechtsextremen Parteien keinerlei Forum geboten werden darf.)

► Spenden für kriminalisierte Göttinger Anti-Nazi-Gegner

Bei den bisherigen Protesten gegen den Nazi-„Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen“ wurden mehrere Strafverfahren gegen Aktive und Unterstützer des Göttinger Bündnisses gegen Rechts eingeleitet. Zur Unterstützung der betroffenen Antifaschisten bei den juristischen Folgen hat die Rote Hilfe Göttingen ein Solidaritätskonto eingerichtet. Niemand soll mit den Kosten alleine gelassen werden. Jeder Spenden-Euro hilft bei

der Verteidigung unserer demokratischen Rechte, denn Antifaschismus ist kein Verbrechen, sondern weiterhin sinnvoll und notwendig.

Das Spendenkonto lautet:

Rote Hilfe e.V. OG Göttingen

**IBAN: DE72 4306 0967 4007 2383 99
GLS-Bank**

Stichwort: „Antifaschismus“

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Keine Bühne für die AfD!	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Europabüro	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
70 Jahre VVN	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 06.2017
ist der 19. Mai.
Auslieferung am 25. Mai.

8. Mai – 72. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Gedenkundgebung der VVN-BdA am Mahmal der Zwangsarbeiter (zwischen Bahnhof Westseite und Lokhalle).

Am 8. Mai, beginnend um 18:00 Uhr.

Rentenaktionstag der Gewerkschaften in Göttingen Donnerstag, 18. Mai 2017

14:00–16:30 Uhr
Marktplatz vor dem Alten Rathaus

**Aktionen rund um das
(R)-ENTENMOBIL**

VERANSTALTUNG
17:00–19:00 Uhr

Alte Mensa, Wilhelmsplatz 3, Göttingen

**Gewerkschaftspolitische
Forderungen zur Rente**

– Hans-Jürgen Urban, IG Metall gesch. Vorstandsmitglied
– Dirk Hirschel, ver.di Bereichsleiter für Wirtschaftspolitik
– Nils Hinderstamm, IG BCE Bereich Sozialpolitik
– Gewerkschaftsjugend

Mehr Rente – Mehr Zukunft





Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Erklärung der FIR zum Gedenktag an die Zerstörung Guernikas

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) - Bund der Antifaschisten und ihre Mitgliedsverbände in über 25 Ländern Europas und Israel erinnern an den 80. Jahrestag der verbrecherischen Bombardierung der baskischen Stadt Guernikas am 26. April 1937 durch die deutsche Legion Condor.

Dieser Angriff auf eine unverteidigte Stadt ist als „Zivilisationsbruch“ in die Geschichte eingegangen. Es war ein Angriff einer fremden Macht gegen eine legale Regierung und richtete sich einzig gegen die Zivilbevölkerung. Der Angriff bedeutete auch die Vernichtung der „heiligen Stadt der Basken“, Symbol ihrer freiheitlich-demokratischen Traditionen und ihrer selbstbewussten Kultur. Das Ergebnis war verheerend: 80% aller Gebäude wurden zerstört, unter den etwa 6.000 Einwohnern gab es laut baskischer Regierung 1.654 Tote und 889 Verletzte. Für die Nazi-Luftwaffe und Hermann Göring war die Zerstörung Guernikas „ein voller

Erfolg der Luftwaffe“. Spanien war damit ein Testfeld für den geplanten großen Krieg. Picassos Bild „Guernica“ – gemalt für die Weltausstellung 1937 in Paris – verewigte das Verbrechen, das Entsetzen im Angesicht der Verheerungen des Krieges. Es ist die Bild gewordene Anklage seiner Opfer. „Guernica“ ist bis auf den heutigen Tag Symbol der Ablehnung des Krieges und seiner zerstörerischen Gewalt schlechthin.

Bis heute gibt es große Defizite in der historischen und politischen Aufarbeitung. Seit dem Ende der Franco-Herrschaft fordern Politiker und Antifaschisten vergeblich, dass das Picasso-Gemälde als symbolisches Zeichen der Anerkennung des Leids und der Wiedergutmachung an die Stadt übergeben wird. Vor zwanzig Jahren schrieb der damalige deutsche Bundespräsident Roman Herzog einen Brief der Entschuldigung und Versöhnung an die Opfer von Guernika und ihre Nachkommen. Es blieb jedoch bei

dieser Geste. Das war jedoch mehr, als alle spanischen Regierungen bis heute gegenüber der baskischen Stadt bereit sind zuzugestehen.

Die Verweigerungshaltung, die der heutige postfranquistische Premier Mariano Rajoy (PP) zeigt, dass die spanische Gesellschaft die Franco-Diktatur nur beschränkt aufgearbeitet hat. Ehrungen des Regimes gehören ebenso zur Tagesordnung wie die Tatsache, dass die Urteile der Unrechtsjustiz fortbestehen. Dazu gehören auch das „ehrende Gedenken“ und die Renten, die Deutschland Jahrzehnte Mitgliedern der Legion Condor und Francos „Blauer Division“, die an der Seite der faschistischen Truppen gegen die Sowjetunion in den Krieg zog, zuteilwerden ließ.

80 Jahre nach der Bombardierung Guernikas sind diese Tat und die Verantwortung der deutschen „Legion Condor“ dafür vielfach vergessen. Die FIR und ihre Mitgliedsverbände – nicht nur in Spanien – treten dafür ein, dass diese Geschehnisse einen festen Platz im kollektiven Gedächtnis der Völker behalten. Sie sind ein dauerhaftes mahnendes Symbol gegen alle völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen.

► Proteste gegen den AfD-Bundesparteitag in Köln

**Blockaden und Großdemonstration setzt eindrucksvolles Zeichen gegen
AfD-Rechtsruck und Einschüchterungen durch die Polizei**

Über 10.000 Teilnehmer zählte die Großdemonstration des Bündnisses „Solidarität statt Hetze“, die durch die Kölner Innenstadt führte und den Auftakt des AfD-Bundesparteitages im Kölner Maritim Hotel am 22. April erfolgreich verzögerte. Es wurde ein eindrucksvolles Zeichen gegen den Rechtsruck in Deutschland und Europa gesetzt. „Wir haben gezeigt: Rechte Hetze und Menschenverachtung hat in unserer Gesellschaft keinen Platz. Dagegen haben wir, mit verschiedenen Protestformen,

ein deutliches Zeichen gesetzt“, so Tom Wohlfarth von „Solidarität statt Hetze“. Kritik äußert die Kampagne am Kölner Polizeipräsidenten. Als in den Morgenstunden Demonstrierende aus dem gesamten Bundesgebiet in Köln ankamen, lernten sie das Demonstrationsrecht in der Lesart von Polizeipräsident Jürgen Mathies kennen. Vier vollbesetzte Busse erhielten noch vor dem Aussteigen am Kölner Stadtrand einen Platzverweis und mussten umkehren. Auch vielen Demonstrierenden aus Köln erging es

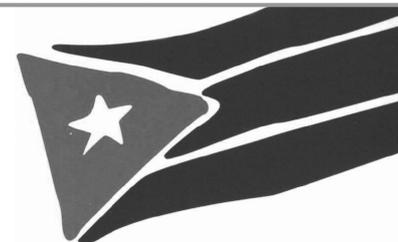
ähnlich: Ihnen wurden der Zugang zu den angemeldeten Kundgebungen von der Polizei verwehrt. Reiner Schmidt von „Köln gegen Rechts“ und Anmelder der Großdemonstration: „Wir haben unser Wort gehalten: Von uns ging keine Eskalation aus. Jürgen Mathies blieb ungeachtet dessen leider auch bei seinem Wort und führte einen unverhältnismäßig harten Polizeieinsatz durch.“ Trotz dieser Schikane gelangten 3.000 Demonstranten zu den Blockadepunkten, durch die der Zugang für die AfD-Rassisten zum Tagungsort erheblich erschwert werden konnte. Jan Sperling, Pressesprecher von „Solidarität statt Hetze“ stellte fest: „Obwohl von den Blockadepunkten keine Eskalation ausging gab es immer wieder Schlagstockeinsätze der Polizei. Dies zeigt die unbedingte Eskalationswilligkeit, die der Polizeipräsident ja schon im Vorfeld ganz unverhohlen angekündigt hatte.“

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 9. Mai, 20:00 im Berliner Hof



► Mehr als dreitausend Patienten bereits von kubanischen Ärzten in Peru behandelt

Etwa 3 600 ärztliche Beratungen wurden bereits von den Mitgliedern der Internationalen Medizinbrigade Henry Reeve vorgenommen, die auf Katastrophensituationen und Schwere Epidemien spezialisiert ist. Sie waren vor einer Woche im Norden Perus angekommen, aufgrund der Katastrophe, die durch die schweren Regenfälle eingetreten war

Die 23. Brigade des Kontingents Henry Reeve kam vor acht Tagen in Peru an, um bei der Linderung der Schäden zu helfen, die durch die intensiven Regenfälle entstanden sind. HAVANNA – Etwa 3 600 ärztliche Beratungen wurden bereits von den Mitgliedern der Internationalen Medizinbrigade Henry Reeve vorgenommen, die auf Katastrophensituationen und Schwere Epidemien spezialisiert ist. Sie waren vor einer Woche im Norden Perus angekommen, aufgrund der Katastrophe, die durch die schweren Regenfälle eingetreten war.

Über das soziale Netzwerk Facebook sprach Dr. Enmanuel Vigil, einer der 23 Mitglieder der Brigade, die im Gebiet von Catacaos, in Bajo Piura, arbeiten, mit der Presseagentur ACN.

„Die Mehrzahl derer, die zu den Sprechstunden kommen, sind Kinder und Frauen und besonders zahlreich sind Infektionen der Atemwege und Durchfall aufgrund der intensiven Regenfälle und Überschwemmungen. Aber es ist zu spüren, dass durch die geleistete Arbeit die Situation unter Kontrolle kommt“, fügte der Kubaner hinzu.

Vigil sagte, dass die Schlange der Einwohner des Gebiets lang sei, die von den kubanischen Ärzten behandelt sein wollen, und dass es viele Dankbezeugungen für die Anwesenheit des Gesundheitspersonals der Insel gebe.

„Für sie sind wir ein Wunder“, kommentiert der junge Arzt, der bereits zum sechsten Mal in einer Mission der Medizinbrigade Henry Reeve mitwirkt.

Er erinnerte sich an die Worte des Bürgermeisters von Catacaos, Juan Francisco Cieza, der seine Anerkennung gegenüber der kubanischen Solidarität zum Ausdruck brachte und seine dankbare Aufnahme mit den Worten zusammenfasste: „Euch schickt der Himmel“.

Für den Arzt war es interessant, zu hören, wie der Bürgermeister sagte, dass die Kubaner wie Ameisen seien, die ständig etwas tun, „Ihr seid zu bewundern, da Ihr als erste kommt und als letzte geht“, sagte Francisco Cieza.

Die kubanischen Ärzte behandeln die Geschädigten in fünf Notaufnahmелagern, wohin sie nach den schlimmsten Regenfällen in Peru in vielen Jahren evakuiert worden waren.

Sie arbeiten in den Lagern San Pablo, mit 3 000 Beherbergten, und „Kilometer 980“, mit 6 000, sowie in Virgen Elena, Comunidad Campesina und Pedregal, wo ebenfalls Tausende untergebracht sind.

„Wenn die Überschwemmungen in den am meisten betroffenen Gebieten auch zurückgegangen sind, die durch die Überflutungen oder das Brechen der Deiche, die vor dem Wasser des Flusses Piura schützen, entstanden waren, hat es am Sonntag wieder intensiv geregnet, was die Arbeiten des Wiederaufbaus erneut verlangsamt, da die Flüsse wieder ansteigen“, erklärte Enmanuel Vigil.

Er bestätigte, dass die 23 Mitglieder der Brigade intensiv daran arbeiten, die epidemiologische Situation zu stabilisieren, dass alle gesund und die Arbeits- und

Lebensbedingungen für die kubanischen Helfer gut seien.

Bezüglich des Wirkens der kubanischen Epidemiologen stellte er fest, dass alles getan werde, um eine Verseuchung mit Moskitolarven im stillstehenden Wasser zu vermeiden und auf Sauberkeit in den Unterkünften zu achten.

„Der Kampf gegen Krankheitsüberträger wird sehr ersthaft geführt und die Epidemiologen und Krankenpfleger leisten Wunder“, fügte Enmanuel hinzu. Durch die Aktion der Epidemiologen gebe es ein Vor- und ein Nachher in den Aufnahmелagern, fügt der Arzt in seinem Facebook Portal hinzu und empfindet es als löblich, dass sogar die Kinder in die Aufgaben der Sanierung mit einbezogen werden.

Er endete „Nach und nach werden wir den Kampf gegen die Krankheiten gewinnen. Wir kämpfen weiter, mit hoher Moral und vollem Arbeitswillen“. (ACN)

Che: Ehrendes Gedenken am 1. Mai

Über 400.000 Arbeiter werden zusammen mit ihren Familienangehörigen an diesem 1. Mai in Santa Clara in Gedenken an Che marschieren...

SANTA CLARA – Über 400.000 Arbeiter werden zusammen mit ihren Familienangehörigen an diesem 1. Mai in Gedenken an Che marschieren, in dem Jahr in dem sich zum 50. Mal sein Tod im Kampf in Bolivien jährt und es zwanzig Jahre her ist, dass seine sterblichen Überreste und die seiner Kampfgefährten in dieser Stadt angekommen sind, die soviel zur Erhaltung seines unsterblichen Vorbilds getan hat.

An diesem Tag werden die Bewohner Santa Claras zusammenkommen, um zu bekräftigen, dass die beste Art und Weise ihn zu ehren die sei, sich seinen Ideen und seinem Erbe verpflichtet zu fühlen und dies in konkreten Taten deutlich zu machen, wie es der CTC Sekretär der Provinz Julio Morales Vereá ausdrückte.

Dieser Internationale Tag der Arbeiter sei außerdem der geeignete Rahmen, sich des Comandante en Jefe Fidel Castro und seines Beitrags zur Konsolidierung der Arbeiterbewegung und zum Aufbau des Sozialismus zu erinnern, fuhr er fort.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Gerechtigkeit im Kapitalismus

„Gerechtigkeit“ jubelt's in der SPD und die Beliebtheitswerte der Sozialdemokratie erklommen – zumindest eine Zeit lang – ungeahnte Höhen. Der „Wohlmeinende Sozialdemokrat beginnt, sich wieder wohlfühlen: Schon immer hatte er/sie ein „ungutes Bauchgefühl“ bei Schröders Agenda 2010, bei Hartz IV, bei 43 % Rentenbezug etc. etc. ...

Und nun soll's losgeh'n: Die Agenda 2010 steht auf dem Prüfstand; „es wurden Fehler gemacht“ so der Hoffnungsträger Martin Schulz.

Aber eigentlich ist – außer „Prüfständen“ - nix zu hören oder zu lesen von Konkretheiten dieser Gerechtigkeiten. Dabei würde doch der Blick in den Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes u.a. reichen, um Konkretes sagen zu können.

(Den Armutsbericht gibt es hier zum Download: <http://www.paritaet-hamburg.de/fileadmin/Presse/Armutsbericht-2017.pdf>)

Natürlich können / müssen wir fragen, ob es im Kapitalismus eigentlich „Gerechtigkeit“ geben kann: Ein Wirtschaftssystem, das den Arbeitenden den Mehrwert ihrer Arbeit legal raubt: 700 Millionen Dividende für die Familie Quandt aus den Ausschüttungen von BMW!

Wo kommen die 700 Millionen bzw. die 3 Mrd. Euro, die BMW in diesem Jahr

ausschüttet, eigentlich her? Klar, aus den „Überschüssen“ der Firma, Profit genannt. Aber wer hat diese denn erarbeitet? Familie Quandt und die anderen „Couponschneider“ (Aktionäre)?

Haben denn nicht die in der materiellen Produktion Tätigen diesen Profit erarbeitet? Ist das nicht der „Mehrwert“, den sich die Quandts u.a. aneignen? Den Arbeitenden legal rauben?

Nun denn, so weit, dass diese Ungerechtigkeit angepackt wird, ist der Herr Schulz nun wirklich nicht. Aber wie weit ist er denn, dieses Wirtschaftssystem ein wenig weniger ungerecht zu gestalten?

Will Herr Schulz die Armut Alleinerziehender, die Armut von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Armut der Arbeitslosen, die Armut im Alter, die Ausgrenzung und Migrantisierung, die Armut von Flüchtlingen, die Armut „Psychisch Kranker“, die Armut von Menschen mit Behinderungen, die Lebenssituation von Menschen in Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot, das Verhältnis von Armut und Gesundheit, will Herr Schulz hier konkret etwas verändern?

Wenn er das will, kann er im Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes nachlesen, was es da zu verändern gibt. Die oben genannten Punkte sind dort konkret aufgelistet. Es ist genau aufgelistet, warum in diesen Bereichen die Menschen in die Armut getrieben wurden. Es ist genau dargestellt, welche

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 02. Mai, 20:00 Uhr

Tagesordnung stand zum Redaktionsschluss noch nicht fest.

MV Dienstag, 16. Mai, 20:00 Uhr

Tagesordnung stand zum Redaktionsschluss noch nicht fest.

MV Dienstag, 30. Mai, 20:00 Uhr

100 Tage Donald Trump, was macht der neue Präsident eigentlich?

Referent Lothar Geisler, Redaktion Göttinger Blätter

Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).

politischen Beschlüsse – auch der SPD – zu dieser Armut geführt haben.

Herr Schulz könnte genau sagen, was er beabsichtigt, um ein paar dieser Ungerechtigkeiten zu mindern. Vielleicht ergeben sich ja wieder (!) Bereiche diesseits von CDU/CSU und FDP, die im Bundestag Mehrheiten finden? Und diese Mehrheit ist – wenn die SPD es wirklich wollte - ja bereits heute vorhanden!

(gusi)



GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Wer etwas nicht tun will, findet Gründe. Wer etwas tun will, findet Wege.

Auf der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Mobilität des Rats der Stadt Göttingen am 28.03.2017 wurde endlich der Antrag der Göttinger Linke behandelt, der den Geflüchteten, die immer noch abgelegen auf der Siekhöhe am Stadtrand Grone leben müssen, eine Bushaltestelle in angemessener Nähe beschreiben sollte. Dieser aus der Stadtteilarbeit heraus initiierte Antrag war im Dezember schon einmal gestellt worden; in der Hoffnung, ohne großen Aufwand den Geflüchteten zeitnah in der dunklen Jahreszeit Wege von z.T. mehr als einem Kilometer bis zur nächsten Haltestelle zu ersparen. (s. Göttinger Blätter 01/2017).

Doch es dauerte bis Ende März, wo immer noch 139 Menschen (Stand laut Verwaltung 02.02.2017) dort untergebracht waren; darunter zahlreiche Kinder, die hoffentlich Schulen und Kindertagesstätten aufsuchen, aber wie?

Die Argumentation für eine nahegelegene Bushaltestelle muss hier nicht wiederholt werden, sie liegt auf der Hand. Und es gibt eine ganz pragmatische Antwort auf die in den letzten Göttinger Blättern gestellte Frage, wie Integration gelingen kann: Indem man Menschen Wege erleichtert, dorthin zu gelangen, wo andere sind, wo Arbeit, Schule, Freizeit stattfinden kann.

Dies ist anscheinend für die Geflüchteten auf der Siekhöhe von der Verwaltung und der Mehrheit der politischen VertreterInnen nicht wirklich gewollt oder zumindest nicht als wichtig angesehen.

Der Verkehrsausschuss am 28.03. hat jedenfalls mit großer Mehrheit - somit auch mit den Stimmen der Grünen - beschlossen, dass die Einrichtung einer Haltestelle im Umfeld der Flüchtlingsunterkunft Siekhöhe zum derzeitigen Zeitpunkt nicht vorgenommen wird.

Die Begründung war natürlich wieder die Mehrkosten, die die notwendige Linienwegänderung verursachen würde:

Es gab eine „Billigvariante“ für 45.800 € pro Jahr. Diese hätte zur Folge, dass die Fahrgäste mit der Linie 72 eine

Himmelfahrt über den Kaufpark, Elliehausen, Bahnhof in die Innenstadt auf sich nehmen müssten. Oder sie müssten am Kaufpark umsteigen. Völlig nutzerunfreundlich!

Die teure Variante wäre eine Verlängerung der Linien 31/32 und würde 135.000 € jährlich kosten. Auch hier würde der Bus über den Kaufpark fahren und die Gäste müssten dort unter Umständen die Pause abwarten.

Aber auch der Hinweis des Ratsmitgliedes der Göttinger Linke, dass im dortigen Gewerbegebiet schon jetzt eine einige Hundert Beschäftigte auch von einer besseren Busanbindung profitieren, zog nicht: Erst wenn die Nachfrage hoch genug und „rentabel“ sei, könne man eine direktere Anbindung erwägen.

Das Irreale an dieser Argumentation ist, dass die GöVB nie „rentabel“ arbeiten kann und wird: Schon jetzt muss sie mit einigen Hunderttausend Euro pro Jahr gestützt werden. Und eine Verlängerung von Linien erhöht den Zuschussbedarf.

Fragen der Integration oder der Umweltfreundlichkeit spielen in diesen Überlegungen keine Rolle.

So ist die Busanbindung erwartungsgemäß von der Mehrzahl der Ausschussmitglieder abgelehnt worden; denn Geld

kosten sollte Integration (wie auch Inklusion) möglichst wenig bis nichts.

Gleichzeitig aber wurde genau in selbiger Ausschusssitzung eine andere Änderung der Linienführung - zumindest als Probebetrieb - beschlossen: Um die „Naherholung in Göttingen für alle attraktiv zu machen gibt's nun eine Buslinie oder einen Bürgerbus zum Kehr. Hier werden weder Mühen noch Kosten gescheut!

Damit dies niemand falsch versteht: Es ist sicher eine gute Idee, Naherholung auch für Menschen ohne Auto bequemer zu gestalten. Statt das letzte Stück Weg von den jetzigen Endhaltestellen zum Kehr zu laufen, direkt per Bus in den Wald zu fahren, ist insbesondere für Menschen mit Gehbehinderungen eine Errungenschaft

Aber: Wenn es um „Entweder Oder“ geht, ist es eine Frage der Prioritäten: Wenn man keinen politischen Willen hat, um Mehrausgaben für die Integration von abseits lebenden Geflüchteten aufzubringen, wohl aber Freizeitvergnügen fördern will, halten wir das für sehr fragwürdig. Die einen sollen am Stadtrand versauern. Die anderen können es im Grünen möglichst bequem haben.

Was hätte dagegen gesprochen, auch auf der Siekhöhe einen solchen Probebetrieb durchzuführen? Auch um die Nutzung durch dort Beschäftigte zu überprüfen?



Siekhöhe in Grone Süd: Ein vom öffentlichen Nahverkehr abgehangenes Industriegebiet

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Aufstellungsversammlungen für Direktkandidaten für die Wahlkreise 16 Göttingen/Münden und 17 Göttingen zur Landtagswahl 2018 mit anschließender KMV am 04.05.2017, um 19 Uhr (getrennt) bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

Jeweilige Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Stimmberechtigung der Versammlungsteilnehmer.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
3. Beschluss der Tagesordnung
4. Wahl einer Versammlungsleitung
5. Wahl einer Schriftführerin / eines Schriftführers
6. Wahl einer Wahlkommission
7. Bestimmung von 2 Versammlungsteilnehmer*innen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und der erforderlichen Versicherung an Eides statt
8. Wahl von 2 Vertrauensleuten für den Wahlvorschlag
- 9.. Vorstellung der Kandidat*innen
(Fragen an die und Antworten der Kandidat*innen)
10. Wahl der Kandidatin/ des Kandidaten
11. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Der Wahlkreis 16 umfasst die Stadt Hann. Münden, die Gemeinden Flecken Adelebsen, Flecken Bovenden, Staufenberg, die Samtgemeinde Dransfeld, die Stadt Göttingen mit den Stadtteilen Göttingen-Elliehausen, Göttingen-Esebeck, Göttingen-Grone, Göttingen-Groß Ellershausen, Göttingen-Hetjershausen, Göttingen-Holtensen, Göttingen-Knutbühren, Göttingen-Weststadt.

Der Wahlkreis 17 umfasst die Stadt Göttingen ohne die Stadtteile Göttingen-Elliehausen, Göttingen-Esebeck, Göttingen-Grone, Göttingen-Groß Ellershausen, Göttingen-Hetjershausen, Göttingen-Holtensen, Göttingen-Knutbühren, Göttingen-Weststadt

Wahlberechtigt sind diejenigen Parteimitglieder, die ihren Erstwohnsitz im Wahlkreis haben und Wahlberechtigt für die Wahl zum Landtag sind.

Zu den Aufstellungsversammlungen für die Wahlkreise 12 Göttingen/ Harz (Altkreis Osterode) und 15 Duderstadt wird nach Rücksprache mit den beteiligten OV gesondert eingeladen.

Anschließend Kreismitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss über Tagesordnung, Sitzungsleitung, Protokoll
2. Vergabe eines KV-Votums für die Aufstellung der Landesliste
3. Vorbereitung Landesparteitag und Aufstellungsversammlung zur Landtagswahl am 20./21. Mai
4. Verschiedenes

Diskussion des Bundestagswahlprogramm

Sonntag, 14. Mai, 13 bis 17 Uhr im Naturfreundehaus Göttingen, Naturfreundeweg

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Veranstaltungshinweis

Mittwoch, 31. Mai, 19 Uhr, Rote-Hilfe-Saal, Lange-Geismar-Str. 3, GÖ
Thema wird noch bekanntgegeben

OV Kreis-Osterode Mitgliederversammlung

Keine Sitzung im Mai.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Dienstag, 2. Mai, 19.30 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

Weitere Termine auf Seite 8

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

Ansprechpartnerin: Katja Sonntag
Katja.Sonntag@dielinke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386
edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen
IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00
BIC: GENODEF1GOE

DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

► Gefahr erkannt - Gefahr gebannt?

Sabine Lösing MEP (DIE LINKE.)

In der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (VN), der Nachfolgerin der UN-Millenniumsziele, ist das Zusammenwirken von sozialer Gerechtigkeit und Friedenspolitik erstmals ausdrücklich verankert. Erstmals beinhalten die Entwicklungsziele der VN also Frieden als Grundprinzip und Zielsetzung. Das ist ein Fortschritt, denn nun gibt es die eindeutige Schlussfolgerung, dass nicht Abschottung und Militarisierung die Antwort auf politische Herausforderungen ist, sondern Wege aus einer Friedenslogik gefunden werden müssen.

Leider geht die wirkliche Politik der EU in eine andere Richtung. Nämlich in die einer eindimensionalen Versicherheitlichung; und Sicherheit meint hier nicht soziale Sicherheit. Im Auswärtigen Ausschuss (AFET) und im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE) des Europäischen Parlaments - in denen ich Mitglied bin - sind sämtliche Debatten von der neoliberalen Hegemonie bestimmt. Das heißt politische Alternativen werden nicht wirklich ernst genommen, sondern diskriminiert.

An dieser Stelle möchte ich ein paar Überlegungen zum Zusammenhang von Rüstung, Armut und Krieg vorstellen, die ich bereits auf einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Tagung „Sozialer Frieden. Eine nationale und globale Verpflichtung aus der Agenda 2030“ des Instituts für Kirche und Gesellschaft Anfang April 2017 in Schwerte vorgetragen habe.

Dazu gilt es als erstes einmal festzuhalten, dass die Rüstungshaushalte entgegen der Klagen aus Politik, Wirtschaft und Militär in den letzten Jahren keineswegs einem Kahlschlag ausgesetzt waren. Nimmt man Zahlen der EU-Verteidigungsagentur zur Grundlage, so stiegen die Militärhaushalte der EU-Mitglieder von 177 Mrd. Euro im Jahr 2001 auf 193 Mrd. 2005 und dann auf 200 Mrd. im Jahr 2015 an. Besonders drastisch ist die Entwicklung in Deutschland. Hier stieg das Verteidigungsbudget von umgerechnet 24,3 Mrd. Euro 1999 auf 37 Mrd. 2017

an. Gemäß der mittelfristigen Finanzplanung des Wirtschaftsministeriums soll der Haushalt bis 2021 noch einmal auf 42,3 Mrd. anwachsen.

Diese Gelder dienen einmal dazu, Interventionsarmeen aufzubauen, deren Zweck unter anderem darin besteht, existierende Ausbeutungsverhältnisse militärisch abzusichern; und dadurch die Verarmung in vielen Teilen der Welt herbeizuführen und fortzusetzen. Zum anderen werden hierdurch Ressourcen verschleudert, die für die unmittelbare Armutsbekämpfung dringend benötigt würden und einen wichtigen Beitrag für eine friedlichere Welt leisten könnten. Denn wie eine Reihe von Studien belegen ist es die weltweite Armut – und nicht etwa religiöse, ethnische Konflikte, Habgier o.ä., wie man uns stets weismachen will –, die der ausschlaggebende Faktor für das Ausbrechen von Bürgerkriegen ist.



Selbst die Weltbank kam in einer bahnbrechenden Studie zu diesem Ergebnis: „Empirisch ist das auffälligste Muster, dass sich Bürgerkriege besonders auf arme Staaten konzentrieren. Krieg verursacht Armut, aber wichtiger noch für diese Konzentration ist, dass Armut die Wahrscheinlichkeit von Bürgerkriegen erhöht. Somit kann unser zentrales Argument bündig zusammengefasst werden: die zentrale Konfliktursache ist das Schei-

Europabüro Göttingen

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

tern ökonomischer Entwicklung.“ (Collier, Paul: Breaking the conflict trap, World Bank Policy Research Report, 2003)

Besonders fatal ist es deshalb in diesem Zusammenhang, wenn Entwicklungshilfegelder für die Finanzierung militärischer Belange regelrecht zweckentfremdet werden. Diese Tendenz ist auf EU-Ebene besonders ausgeprägt. Der Grund liegt in Artikel 41, Absatz 2, der es eigentlich verbietet, militärisch relevante Ausgaben aus dem EU-Haushalt zu begleichen. Um dieses Verbot zu umgehen, wurde etwa 2004 die sogenannte African Peace Facility aus Geldern des Europäischen Entwicklungsfonds ins Leben gerufen. Sie finanzierte mit bislang 1,9 Mrd. Euro vor allem den Aufbau von Militäreinsätzen und Interventionstruppen der Afrikanischen Union.

Aktuell wird außerdem darüber diskutiert, künftig mit dem EU Instrument für Stabilität (IfS), das bis 2020 mit 2,338 Milliarden Euro gefüllt ist, auch die Ausbildung und Aufrüstung lokaler Streitkräfte finanzieren zu können. Gleichzeitig sollen die Mittel des IfS mit Entwicklungshilfegeldern aufgestockt werden.

Allein die NATO-Staaten gaben 2016 knapp 920 Mrd. Dollar für ihr Militär aus. Das ist Geld, das unter anderem der Armutsbekämpfung nicht mehr zur Verfügung steht. Dies ist umso problematischer, wenn man die surreale derzeitige Debatte betrachtet, dass die Militärhaushalte der NATO-Länder künftig Zwei-Prozent des Bruttoinlandsprodukts umfassen sollen. Würde dieses Ziel umgesetzt, müsste allein der deutsche Haushalt von aktuell 37 Mrd. auf schätzungsweise 70 Mrd. Euro anwachsen.

Ich halte das für eine fatale Entwicklung, die vom Kopf auf die Füße gestellt werden muss: Ressourcen müssen verstärkt in die unmittelbare Armutsbekämpfung und nicht ins Militär gesteckt werden. Das ist nicht nur ein moralisches, sondern auch ein friedenspolitisches Gebot der Stunde!

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

Aus dem Kreistag:

► Kosten der Unterkunft anpassen

Kreistagssitzung am 31.03.2017

Zur Kreistagssitzung im Februar wurde von uns zum wiederholten Male der Antrag gestellt, die Angemessenheitsgrenze für die Kosten der Unterkunft für Leistungsempfänger nach SGB II anzupassen.

Hintergrund des Antrags war eine bevorstehende Entscheidung des Sozialgerichts in Hildesheim, welches erwartungsgemäß das derzeit anzuwendende „schlüssige Konzept“ des Landkreises verwarf.

Um die Angelegenheit schnell vom Tisch zu bekommen, wurde sogar unserem Antrag, eine zusätzliche Sitzung des Sozialausschusses einzuberufen, stattgegeben. So kam der Antrag bereits am 31. März in die Sondersitzung des Kreistages. Vorgeschlagen wurde von uns, die Kosten bis zur Höhe des Tabellenwertes nach § 12 WoGG, erhöht um einen Sicherheitszuschlag von 10 %, zu übernehmen. Eckhard Fascher wies in seiner Rede darauf hin, dass diese Verfahrensweise in der Hälfte aller Optionskommunen zur Anwendung kommt. Wäre dies auch in Göttingen der Fall, hätte man sich zahlreiche Prozesse sparen können und es würde Rechtssicherheit bestehen. Vor allem dürfe Göttingen nicht mit Bovenden und Rosdorf in einen Topf geworfen werden.

Diese Praxis, bei der alle umliegenden Dörfer mit einbezogen werden, akzeptierte das Sozialgericht nicht.

Andreas Gemmecke wies zudem auf den fehlenden Sozialen Wohnungsbau hin. Gleichzeitig habe sich die Nachfrage nach Wohnraum, insbesondere in der Stadt Göttingen, aber auch zum Teil im Umland, erhöht. Als Folge dieser ungünstigen Entwicklung seien die Preise für Neu- und Wiedervermietungen in den letzten Jahren spürbar angestiegen. Von diesen Engpässen seien einkommensschwache Haushalte besonders betroffen.

Dezernent Riethig (SPD) wiederholte wörtlich seine Rede vom Sozialausschuss, in der er unsere Forderungen erwartungsgemäß zurück gewiesen hatte. Natürlich nannte er das Kostenargument und befürchtete Mietsteigerungen. Denn so, laut Frau Haferburg von den Grünen, „denken gerade Vermieter kleiner Wohnungen

daran, Profit zu machen“. Daran denken zwar alle Kapitalisten, aber vielleicht führt diese für Grüne ganz neue Erkenntnis ja dazu, dass das fehlende Funktionieren unseres Wohnungsmarktes irgendwann erkannt wird.

Erwartungsgemäß wurde der Antrag unserer Gruppe von den verwaltungshörigen Parteien SPD, CDU, Grüne und FWLG nieder gestimmt, die Verwaltung möchte offensichtlich erst noch in den höheren Instanzen die gewohnten Niederlagen erleiden und das geltende unschlüssige Konzept in der Zwischenzeit nachbessern.

IGS in Duderstadt??!

Während die Eltern in Göttingen und dem Göttinger Umland, ihr Kind auf eine öffentliche Gesamtschule schicken können, wenn sie dies möchten, gibt es diese Möglichkeit für den Westkreis, das Eichsfeld und den früheren Kreis Osterode nicht. Allerdings besteht noch eine katholische IGS in Duderstadt.

Diese ist jetzt in Gefahr. Aufgrund sinkender Schülerzahlen und hoher Kosten möchte das Bistum diese Schule gerne abgeben. Statt aber diese einmalige Chance zu ergreifen, lehnt die Verwaltungsspitze eine Übernahme der Schule kategorisch ab. Sie nimmt damit in Kauf, dass die einzige Integrierte Gesamtschule außerhalb des Göttinger Umlandes geschlossen wird und die Weiterentwicklung der Schullandschaft über Jahre hinweg blockiert wird. Dies hat Methode. Zwar hatten 2014 SPD, CDU, Grüne und FWLG der Vereinbarung mit der Stadt Göttingen zugestimmt, die allen Schülern auch im Göttinger Umland ermöglicht, Gesamtschulen zu besuchen. Jedoch wurden alle Versuche der LINKEN Kreistagsfraktion auch im übrigen Landkreis die Einrichtung Integrierter Gesamtschulen zu ermöglichen in der letzten Wahlperiode kategorisch abgelehnt. Immer wieder wurde von der Verwaltungsspitze versichert, dass man das bewährte Schulsystem im Raum Münden und im Untereichsfeld nicht in Frage stellen will. Vor allem die Gymnasien verfügen hier über eine starke Lobby und

haben bisher alle Veränderungen im Keim erstickt. Für Duderstadt sieht der Landrat bei einer Übernahme der IGS das bestehende Schulsystem als gefährdet an. Eltern, Schüler und Lehrerschaft der kirchlichen IGS setzen sich vehement und engagiert für den Erhalt der Schule und eine Übernahme in die Trägerschaft des Landkreises ein. Sie sehen die Möglichkeit einer deutlichen Attraktivitätssteigerung der IGS, denn „an eine staatliche IGS, ohne Schulgeld und ohne festgelegte konfessionelle Ausrichtung würden wesentlich mehr Eltern ihre Kinder anmelden.“ In ihrem Appell an den Landkreis wiesen sie auch daraufhin, dass das Angebot im östlichen Landkreis einmalig ist und die Schule mittlerweile einen Einzugsbereich hat, der weit in den alten Landkreis Osterode hineingeht.

Am 26. April ist das Thema im Kreistag auf den Antrag unserer Gruppe hin behandelt worden. Interessanterweise ist die einzige Partei, die uns in dieser Frage unterstützt ausgerechnet die FDP, die in den letzten Perioden mit anderem Personal immer das mehrgliedrige Schulsystem verteidigt hatte.

Immerhin hat das Bistum gegenüber seiner ursprünglichen Ankündigung zugesagt, einen fünften Jahrgang noch aufzunehmen, so dass genügend Zeit für Verhandlungen bleiben würde, wenn diese vom Landkreis gewollt wären.

Auch sieht sich die Mehrheitsgruppe offensichtlich gezwungen, eine Elternbefragung im Landkreis für die nächste Kreistagssitzung zu beantragen, um den Elternwillen zu erkunden und endlich eine Schulentwicklungsplanung zu ermöglichen. Inwieweit dahinter die ernsthafte Absicht steckt, tatsächlich die Schullandschaft verändern zu wollen, bleibt abzuwarten. Bei Redaktionsschluss deutet nichts darauf hin, dass die Kreistagsmehrheit zur Rettung der IGS bereit wäre.

Fortsetzung Termine von Seite

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Mittwoch, 10. Mai, 18 Uhr,
Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld

Stand auf dem Hasenmelkerfest: Sonntag, 14. Mai, ganztägig

Treffen Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Donnerstag, 4. Mai, 17.30 Uhr
(vor der KMV) bei Arbeit und Leben,
Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

► Kreisverband: Neuer Sprecher*innenrat

Auf der Mitgliederversammlung am 29.03.2017 hat der Kreisverband DIE LINKE. Göttingen/Osterode einen neuen Kreissprecher*innenrat gewählt. Mit Teresa Cruz Avellaneda und Timo Rose gehören ihm nun zwei Mitglieder aus dem Ortsverband Osterode an. Oliver Preuß und der alte und neue Schatzmeister, die schon im vorigen Sprecher*innenrat vertreten waren, stehen für Kontinuität innerhalb des Kreisverbandes. Katja Sonntag, Britta Schmerling, Marina Timofeeva und Edgar Schu, Mitglied im Göttinger Stadtrat, bringen zusätzlich frischen Wind in das Gremium.

Der KSR ist für zwei Jahre gewählt und hat nun als Nächstes sowohl die Teilnahme der LINKEN an der Bundestagswahl im Herbst 2017 als auch die Landtagswahl 2018 im Bereich des Kreisverbandes zu organisieren, sowie eine vorübergehende, neue Basis für diese beiden Wahlkämpfe zu finden, solange das Rote Zentrum von uns nur sehr eingeschränkt genutzt werden kann. Immerhin wird unsere Partei am 16.6. diesen Jahres 10 Jahre alt und es soll an diesem Juni-Wochenende nach Möglichkeit eine Feier in den neuen Räumlichkeiten stattfinden. Auf der konstituierenden KSR-Sitzung wurden zunächst folgende Aufgaben

verteilt: Britta wird sich um unseren Posteingang und den LINKEN Frauentreff kümmern, Katja macht die Mitgliederverwaltung und ist Ansprechpartnerin für `solid, Marina hat bereits mögliche Räumlichkeiten für eine neue Basis aufgetan und Teresa ist als Landesausschussmitglied zuständig für die Landesebene. Zusätzlich hat Stine als Mitglied im Landesvorstand ihre Bereitschaft erklärt, dem KSR regelmäßig aus dem LaVo zu berichten.

Edgar ist verantwortlich für Kommunalpolitik und den kommunalpolitischen AK sowie die Kontakte zur Stadtrats- und Kreistagsfraktion. Oliver wird die rechtliche Vertretung des KV übernehmen, telefonischer Ansprechpartner des KV sein und sich weiterhin um Material und Logistik kümmern, während Timo alles betreut, was mit Internet zu tun hat. Diese drei Genossen bilden auch die KSR-Redaktion für die Göttinger Blätter, die regelmäßigen Newsletter, unsere KV-Webseite und Pressemitteilungen. opr

Sprecher_innen DIE LINKE OV Göttingen

► Konkurrenz kandidatur unzulässig – Bündnis gestärkt

Durch die Bundesschiedskommission der Partei DIE LINKE wurde kürzlich die Kandidatur von Mitgliedern, die auf einer Liste mit der Eigenbezeichnung „Antifa Linke“ zur Wahl des Göttinger Rates angetreten waren, für unzulässig erklärt.

Laut Bundesschiedskommission sei das Vorgehen, eine Listenvereinigung wie die GöLinke zu bilden, „nicht unüblich“ und Parteimitglieder seien an Beschlüsse, an solchen Bündnissen teilzunehmen, insoweit gebunden, dass diese nicht gegen die Listenvereinigung antreten dürfen.

Die Bundesschiedskommission hatte bisher jedoch noch nicht zu entscheiden gehabt, ob dies auch für Bündnisse gelte, die, wie die GöLinke, als Verein organisiert sind. Dazu heißt es wörtlich: „Die Bundesschiedskommission beantwortet diese Frage nunmehr dahingehend, dass sie eine solche Erstreckung der Schutzwirkung bejaht und stellt klar, dass ein konkurrierender Antritt im Sinne (...) der Bundessatzung anzunehmen ist, wenn es Beschlüsse der berufenen Parteiorgane über die Beteiligung von Parteimitgliedern an Wahlen

gibt, die einen konkurrierenden Antritt (auf anderen Listen) nicht vorsehen. Insofern reicht eine solche Fallkonstellation wie die verfahrensgegenständliche (zukünftig) grundsätzlich aus, um einen Ausschlussantrag gegen die konkurrierend antretenden Mitglieder der Partei zu begründen.“

Die beantragten Parteiausschlüsse wurden mithin „zur Bewährung“ ausgesetzt, denn, so wörtlich: „Sie durften bis zur jetzt erfolgten rechtlichen Bewertung und Klarstellung durch die Bundesschiedskommission zulässigerweise davon ausgehen, dass aufgrund der Besonderheiten der Göttinger Linke ein Fall des konkurrierenden Wahlantritts i.S. von § 4 Bundessatzung nicht vorliegen würde.“

Unwissenheit, und sei sie nur vorübergehend, schützte in diesem Fall also vor Strafe. Gleichwohl: Der Spuk „Antifa Linke“, auf deren Listen Mitglieder der Partei DIE LINKE kandidieren, ist damit vorbei (was auch im Sinne der „außerparlamentarischen“ Antifa ist).

Wir können dieses Urteil also nur begrüßen, auch wenn die Schiedskom-

mission es nicht lassen konnte, in der Urteilsbegründung eine Privatmeinung unterzubringen, die lokale Bündnisse anders bewertet als die übergroße Mehrheit der hiesigen Parteibasis.

Sprecher_innen DIE LINKE
OV Göttingen/Osterode
vom 04.04.2017

► Zu Parteiaustritten in Hann. Münden

Der Kreissprecher*innenrat der LINKEN. Göttingen/Osterode bedauert, dass einige Mitglieder der LINKEN im Bereich des Ortsverbands Hann. Münden aus der Partei ausgetreten sind. Dies haben verschiedene Mitglieder aus jeweils unterschiedlichen Gründen getan. Gemeinsam mit den verbleibenden Mitgliedern wird der Kreisverband den Ortsverband wieder aufbauen. Neben den Aktivitäten der beiden nun parteilosen Ratsmitglieder Kirsten Klein und Michael Kaufmann darf man also in Hann. Münden mit dem Ortsverband der Partei DIE LINKE rechnen. Auch dieser wird weiterhin Impulse zur Kritik an politischen und gesellschaftlichen Vorgängen und konstruktive Lösungsvorschläge präsentieren. Zum Bundes- und Landtagswahlkampf werden wir in Hann. Münden präsent sein.

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Gedanken über ein Rotes Zentrum in Göttingen

Die Älteren unter uns werden sich vielleicht erinnern können: Mit der Langen Geismar Straße 2 gibt es ein Haus, das früher in seinen unteren Etagen Raum für linke Gruppen, den Göttinger Abgeordneten Büroräume und Lagerraum für mehr oder weniger Wichtiges bot.

Vor 6 Monaten hat nun der Vermieter die untere Etage als – wie er selber sagt – notdürftige Zwischenlösung für seinen gemeinnützigen Verein reserviert. Ein halbes Jahr sollte dies maximal dauern, können jetzt wieder Umzugskartons gepackt werden?

Danach sieht es nicht aus. An den harten Realitäten eines Göttinger Wohnungsmarktes kommen, so scheint es, selbst gewiefte Immobilienasse nicht vorbei. Was tun?

Man vertraut weiterhin dem findigen Näschen des Vermieters, eine neue Bleibe für seinen Verein zu finden und hofft auf die Rückkehr der alten Zeiten. Dies ist bequem, was schon Warnung genug sein sollte, und für die nähere Gegenwart mit seinen Wahlkämpfen für Bind, Land und Europa – eigentlich ist ja fast jedes Jahr Wahlkampf – eigentlich ungeeignet. Das sieht denn auch die Anmietung einer Notbaracke für die Wahlmaterialien vor. Darf aber nicht viel kosten.

Oder, wir trommeln für ein neues Rotes Zentrum. Etwa das Haus Lange Geismar 2 zu kaufen. Realistisch ist dies nicht, gehören zu einem Besitzerwechsel immer zwei Parteien, zudem dürfte der Verzicht auf einen gewissen Bestandsschutz für die jetzigen Erdgeschossnutzer nochmals extra teuer werden. Also woanders? Auch da sieht es im überheizten Wohnungsmarkt nicht gut aus, warum sollen wir leicht finden, wonach andere seit einem halben Jahr intensiv suchen? Und wie sähe dies mit dem Geld aus? Nach dem Hauskauf der OM10 dürften freie Gelder zur Anmietung/Kauf linken Politraumes knapp sein. Ist auch gut so, die OM10 ist ein konkretes und bewährtes Projekt, ein Freies Rotes Zentrum dagegen immer noch ein Luftschloss.

Wie nun weiter? Abwarten und auf bessere Zeiten zu hoffen, scheint unumgänglich. Dabei tickt die Uhr gegen uns, dürfte doch die Partei die Linke nach der

Europawahl den letzten linken Abgeordneten aus Gö verlieren, somit auch kein Bürgerbüro finanzieren können. Das Standing der Göttinger in dieser Partei und wie sich dieses bessern könnte, ist ein spannendes Thema, kann hier aber kaum vertieft werden. Da kann das gut funktionierende Bündnis auf kommunaler Ebene natürlich ebenso ein Grund sein, wie schlechtere Erfahrungen mit früheren Abgeordneten oder einfach der größere Drang und die spitzeren Ellenbogen nördlich beheimateter Linkspolitiker nach den Fleischtopfen des Abgeordnetenstatus. Auch da wird jeder seine Meinung haben und folglich entsprechende Vorschläge machen können. Nur: Ein Göttinger Abgeordnetenbüro wird es in absehbarer Zukunft weder für Linke noch für DKP geben.

Können wir denn gar nichts tun, derweil wir warten? Und haben wir überhaupt ein Interesse an einem gemeinsamen Roten Zentrum? Die Antwort auf beide Fragen lautet Doch! Ein Rotes Zentrum ist ein attraktives Bündnisprojekt zur Zusammenarbeit unter linken Gruppen. Und in diesen Zeiten der Bedrohung durch irregewordene Freundeskreise ist ein gemeinsamer Ort auch unter besserem Schutz.

Was können wir tun? Wir können optimistisch sein und hoffen, dass sich irgendwann eine Gelegenheit ergibt, eine bessere als die derzeitige Lösung zu finden. Und wir können bereits jetzt herangehen, einen Unterstützerverein zu gründen, der dann im Moment x folgendes leisten soll: Auftritt als Hauptmieter und Weiterverpächter der Räumlichkeiten an geeignete Gruppen, die passender weise als juristische Person

Korrektur/ Richtigstellung zu „Wessen Stadt ist die Stadt?“ in Göttinger Blätter 04.2017 (S. 10)

Leider ist uns in dem Artikel über die diversen, ausgegliederten städtischen Gesellschaften wie Stadtwerke, GWG, GoeSF etc. ein bedeutender Fehler unterlaufen. Bei der intensiven Beschäftigung mit vielen Daten und Fakten schrieben wir am Schluß, diese städtischen Firmen hätten zusammen um die 300 Mrd.(!) Euro Schulden.

So extrem ist es nun doch nicht, die Schulden der städtischen Gesellschaften

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
Rolf Ralle
Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 17. Mai, 19 Uhr

Neues Rathaus, Raum 1118

Thema: Kommunale Abschiebep Praxis: rechtliche Grundlagen

Vereinsmitglieder geworden sind. Zudem Heimstatt für solidarische Einzelpersonen, die vielleicht 2 Euro im Monat für dieses Projekt entbehren können, selbst wenn sie nicht mehr in Göttingen wohnen. Vorteil ist, klare Strukturen zu schaffen, und einheitlich als Mieter eines solchen Zentrum auftreten zu können. An beidem hat es beim aktuellen Projekt leider gemangelt. StW

dürften um 300 Millionen Euro liegen, nicht aber Mrd... Aber auch dies ist immer noch siebenmal so hoch wie die verbliebenen Schulden der Stadt in Form sogenannter Kassenkredite. Genau weiß man es nicht, weil die Stadt bisher die Erstellung eines Konzernabschlusses ignoriert, worum sich der Artikel unter Anderem drehte:
http://www.goettinger-linke.de/fileadmin/lcmgoettingerlinke/pdf/Goettinger_Blaetter/2017-04_GoeBlae_komplett.pdf

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Ratsinfo

März 2017



Editorial: Im April fand keine Ratssitzung statt. Man kann sich nicht des Gefühls erwehren, dass nach der großen Schlacht um den Haushalt 2017/18 ein tiefes Durchatmen sowohl in der Verwaltung als auch in der Politik zu spüren ist. Das heißt aber nicht, dass die Lobby schläft, nur wird gerade alles etwas leiser abgehandelt.

Fraktion Göttinger Linke
Neues Rathaus, Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
tel 0551- 400 2347
goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Unser Antrag vom Dezember 2016, auf eine Linienbusanbindung der Geflüchtetenunterkunft auf der Siekhöhe wurde im Ausschuss für Umwelt und Mobilität abgelehnt. Begründet wurde die Ablehnung damit, dass die Kosten nicht deckend seien und der Nutzen deshalb nicht gegeben sei. Hier wird wieder einmal komplett außer Acht gelassen, für wen eigentlich öffentlicher Personennahverkehr dienlich sein soll und dass er niemals finanziell neutral zu realisieren ist.

Noch bedenklicher wird es aber, wenn dieselben Akteure fünf Minuten später ihr Herz für die freizeitgestressten Sonntagsausflügler entdecken. So beantragten die Sozialdemokraten direkt nach der Ablehnung einer Busanbindung der Geflüchtetenunterkunft, es solle doch eine Buslinie wochenends zum Kehr eingerichtet werden. Es sei doch dem Göttinger Bürger nicht zuzumuten, dass er zu Fuß in den Wald spazieren geht. Wahrscheinlich werden wir bald eine kleine Bimmelbahn durch die Wildtiergehege fahren sehen, gesponsert durch die Sparkasse und musikalisch untermalt mit dem „Göttingen-Lied“ von Barbara.

Dazu unsere Pressemitteilung vom 4. April 2017

Göttinger Linke kritisiert Nichtanbindung der Geflüchtetenunterkunft Siekhöhe

Der Ausschuss für Umwelt und Mobilität der Stadt Göttingen hat am 28.03.2017 beschlossen, dass die Siekhöhe nicht an das Göttinger Busliniennetz angeschlossen werden soll. Die Verwaltung in Person eines Vertreters der Göttinger Verkehrsbetriebe hatte zuvor mitgeteilt, dass die vorhandene Busanbindung über Bushaltestellen an der Kasseler Landstraße oder auch an der Siekhöhenallee mit einem fußläufigen Abstand von über einem Kilometer auf keinen Fall den üblichen Standards entsprechen würde. Dennoch empfahl der Vertreter der Verwaltung, keine Busanbindung zu beschließen. Die Fraktionen von CDU, SPD und Grünen folgten dieser negativen Empfehlung. Nur die Piraten-und-Partei-Ratsgruppe und unsere Fraktion sprachen sich für eine sofortige Busanbindung aus. Noch nicht einmal das Argument, dass es um die Anbindung nicht nur der Geflüchtetenunterkunft auf der Siekhöhe, ausgelegt für bis zu 400 Menschen, gehe, konnte die Meinung dieser Mehrheit ändern: In der gleichen abgeschnittenen Lage befindet sich nämlich auch ein Industriebetrieb in direkter Nachbarschaft der Unterkunft mit nun schon über 160 Mitarbeitern. Die Mehrkosten für eine geänderte Linienführung hängen stark von dem vorhandenen Bedarf ab. Daher wurde in der Sitzung angefragt, ob ein Probetrieb für ein Jahr eine Option sei. Davon riet die Verwaltung ebenfalls ab. Die Fraktionen der CDU, der SPD und der Grünen schlossen sich der empfohlenen Ablehnung an. Mit Befremden nimmt die Göttinger Linke zur Kenntnis, dass beim Tagesordnungspunkt direkt danach die Busanbindung des Kehrs im Göttinger Wald für einen solchen Probetrieb mit großen Linienbussen durch die Mehrheit beschlossen wurde. Linienbusse also nicht für Menschen, die sie für ihren ganz normalen Alltag benötigen, um Behördengänge erledigen zu können, die Göttinger Innenstadt zu erreichen oder umgekehrt ihre Arbeitsstelle. Es spricht nichts gegen den Probetrieb zum Kehr, aber es ist eine falsche Prioritätensetzung, diejenigen, die zu ihren verpflichtenden Deutschkursen, zur Schule, zur KiTa gelangen oder Behördengänge

Ein anderes, unangenehmes Thema sind die Abschiebungen aus der Stadt Göttingen. Wir haben die Verwaltung angefragt uns die Zahlen zu nennen:

In 2016

Ab Abschiebung / Rückführung von 18 Personen, 2 davon minderjährig.

Herkunftsländer waren: Serbien (2x), Kosovo (7x), Haiti, Irak, Sudan (2x), Bosnien und Herzegowina, Russland (3x) und die Cote d'Ivoire.

Zielstaaten waren: Serbien (2x), Kosovo (7x), Haiti, Schweden, Italien, Dänemark, Bosnien und Herzegowina, Polen (3x) und Italien

1. Quartal 2017

Abschiebung / Rückführung von 10 Personen, 4 davon minderjährig.

Herkunftsländer waren Russland (6x), Liberia, Kasachstan, Marokko, Aserbaidschan.

Zielstaaten waren Polen (6x), Spanien, Schweden, Marokko, Aserbaidschan.“

► 70 Jahre VVN – das Vermächtnis weitertragen, aktiv gegen Faschismus, Kriegstreiber und Rassismus!

„Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Dass dieser Schwur der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald bis heute aktuell bleiben würde, hatte damals, im April 1945, wohl niemand geahnt. Mit der Niederwerfung und Zerschlagung des Hitlerfaschismus hatten viele Nazigegner die Hoffnung verbunden, dass in Deutschland endlich eine demokratisch-antifaschistische Ordnung aufgebaut werden könnte. Es sollte eine Gesellschaft sein, in der die alten Nazis und Monopoleliten, die für Krieg und millionenfachen Massenmord verantwortlich zeichneten, öffentlich für ihre Verbrechen vor Gericht gestellt werden. Ein Deutschland sollte entstehen, in dem das Monopolkapital zerschlagen und die Wirtschaft demokratisiert wird. Es sollte ein Deutschland entstehen, in dem antifaschistische und fortschrittliche Werte gelehrt und hochgehalten werden. Ein Land, von dem nie wieder Krieg ausgehen sollte.

In diesem Klima entstand die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Die Ursprünge der VVN sind bis in die KZs und Zuchthäuser hinein zurückzuführen. Dort entwickelten eingekerkerte Hitler-Gegnerinnen und -Gegner bereits Pläne für ein von den Nazis befreites, antifaschistisches, demokratisches und friedfertiges Deutschland, als andere noch "Sieg Heil!" schrieten.

Die Frauen und Männer des antifaschistischen Widerstandes, die Überlebenden der nazistischen Konzentrationslager gründeten kurz nach Ende des Krieges die VVN. Aus den unmittelbar nach der Befreiung entstandenen Häftlingskomitees und „Opfer des Faschismus“-Ausschüssen bildeten sich zunächst auf regionaler Ebene die „Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes“. Vom 15.–17. März 1947 fand in Frankfurt/Main die erste Interzonale Länderkonferenz der VVN statt. Sie beschloss die Gründung eines gesamtdeutschen Rates (den sog. „Rat der VVN“) und ist damit die Geburtsstunde der gesamtdeutschen VVN.

Doch schon nach kurzer Zeit war zu erkennen, dass die Lehren des 8. Mai 1945 sich nicht überall in der Gesell-

schaft durchgesetzt hatten. In einem Teil Deutschlands nahm man die Potsdamer Beschlüsse und den demokratischen Neuanfang Ernst und begann mit der Entmachtung der bürgerlichen Eliten, mit der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Industrie, mit dem Aufbau einer Gesellschaft, in der – erstmals in der deutschen Geschichte - nicht das kapitalistische „Jeder gegen Jeden“, sondern das solidarische Miteinander Maßstab sein sollte.

Im anderen, größeren Teil Deutschlands gelangten hingegen bald wieder die ehemaligen Eliten an die Macht, konnten sich Altnazis mittels gegenseitiger Seilschaften erneut in leitende Positionen in Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, Politik, Medien und Kultur hieven. Nicht zuletzt die drei westlichen Besatzungsmächte setzten auf derartige Kontinuitäten, schließlich brauchten sie im aufkommenden Kalten Krieg die deutschen Altnazis zum Aufbau eines paramilitärischen Bundesgrenzschutzes (heute Teil der Bundespolizei), einer schlagkräftigen westdeutschen Armee (als Teil der NATO) und zum Aufbau deutscher Geheimdienstorgane (sog. Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst), welche auch gleich ihre „Fachkenntnisse“ aus den Jahren 1933 ff. mit einbringen sollten. Was innenpolitisch folgte, waren – v.a. in der Adenauer-Ära - erneute Verfolgung und Kriminalisierung von Antifaschisten, insb. Kommunisten.

70 Jahre nach der Gründung der VVN durch Überlebende des faschistischen Terrors ist die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) ein generationsübergreifender antifaschistischer Verband. Unser Wirken bleibt auch weiterhin dem Schwur von Buchenwald verpflichtet, denn noch immer ist der Schoß fruchtbar, aus dem der Faschismus kroch. 72 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus führt Deutschland Militäreinsätze in vielen Teilen der Welt durch; Neonazi-Banden und die Inlandsgeheimdienste arbeiten Hand in Hand zusammen, als hätte es nie eine NSU-Anschlagsserie gegeben; neonazistische Propaganda findet unter dem Deckmantel des Demonstrationsrechts statt – wie jüngst am 1. April die Kundgebung des Nazi-„Freundeskreis

Thüringen/Niedersachsen“ am Göttinger Bahnhof. Und jeder Rechtsextreme – von AfD bis NPD - kann im Schutze von Polizeihundertschaften übelste Flüchtlingshetze als Meinungsfreiheit verbrämen. Parallel dazu wird die einst ausgerufene Willkommenskultur für Flüchtlinge Stück für Stück wieder abgebaut; forcierte „freiwillige Ausreisen“ und Abschiebungen in „sichere Herkunftsländer“ (wie beispielsweise Afghanistan, wo es weiterhin im Wochenrhythmus zu Terroranschlägen und kriegerischen Auseinandersetzungen kommt) sind genauso Begleitmusik dieser Kampagne wie das von der CSU durchgesetzte „Integrationsgesetz“ in Bayern (beinhaltend: Integrationspflicht für Migranten, Einschwören auf eine bayrische „Leitkultur“, Sollvorschrift der Beherrschung und Verwendung der deutschen Sprache, Herausnahme von Flüchtlingskindern aus der Schulpflicht ...).

Brennende Flüchtlingsunterkünfte und die haarsträubende Begründung des Bundesverfassungsgerichts, die neonazistische NPD zwar als verfassungsfeindlich einzustufen, aber sie nicht zu verbieten, machen deutlich, dass der rechte Wutbürgermob auf der Straße und Teile der etablierten Politik ein gesellschaftliches Klima produzieren, in welchem der Umbau staatlicher Strukturen hin zu einem autoritäreren und aggressiveren Auftreten nach innen und außen erleichtert wird.

Als Bündnisorganisation, deren Mitglieder selbst unterschiedliche politische und weltanschauliche Zugänge zum Antifaschismus einbringen, sieht die VVN-BdA die Schaffung und den Erhalt breiter antifaschistischer Bündnisse als derzeit wichtigste Aufgabe an, um den rechten Rollback zu verhindern. Auch wenn schon bald keine Angehörigen der Gründergeneration der VVN mehr in unseren Reihen stehen werden, bleibt die Weitergabe ihrer Erfahrungen, das Wachhalten der Erinnerung daran, dass antifaschistischer Widerstand möglich und notwendig war, unser spezifischer Beitrag zur politischen Kultur dieses Landes. Wir werden die moralische und menschliche Autorität unserer Gründerinnen und Gründer nicht ersetzen können. Doch wir können und wollen dazu beitragen, dass nachfolgenden Generationen die Wiederholung ihrer leidvollen Erfahrungen erspart bleibt.